

Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

An die
Bürgermeisterin der Stadt Rheine
Klosterstraße 14
48431 Rheine

CDU-Fraktion Rheine
Bahnhofstraße 10 • 48431 Rheine
info@andree-hachmann.de

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Kugeltimpen 7 • 48431 Rheine
michaelreiske@versanet.de

25.11.2014

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

CDU und Bündnis 90/Die Grünen stellen die nachfolgend aufgeführten Anträge in den jeweils zuständigen Ausschüssen, soweit diese nicht bereits im Vorfeld bereits gestellt worden sind.

Die Gesamtdarstellung soll deutlich machen, dass ein ganzes Bündel an Maßnahmen auf den Weg gebracht wird.

Vorbemerkung:

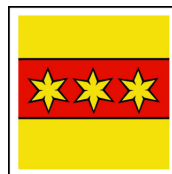
10 Millionen in 10 Jahren Haushaltsmaßnahmen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Die Stadt Rheine hat seit 2006 mehr als 100 Mio. Euro Eigenkapital verbraucht. Das ist ein Verbrauch von einem Drittel des städtischen Vermögens innerhalb von 9 Jahren. Das strukturelle Haushaltsdefizit liegt bei jährlich 10 Mio. Euro. Zur Vermeidung der Überschreitung kommunalrechtlicher Aufsichtsgrenzen, dem so genannten Schwellenwert, musste der Kämmerer der Stadt 2014 eine Haushaltssperre verhängen. Mit jedem neuen Defizit sinkt dieser Schwellenwert und damit droht Rheine der Haushaltssicherung immer näher zu kommen. Dann ist kommunalpolitisches Handeln nicht mehr möglich. Der Kreis als Finanzaufsicht diktiert, wo gespart werden muss. CDU und Bündnis 90/Die Grünen wollen dies verhindern und den Haushalt umsteuern.

In einem gemeinsamen Schreiben an den Landrat und die im Kreistag vertretenen Fraktionen wenden wir uns gegen die Erhöhung der Kreisumlage. Durch die von der Kreisverwaltung vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage wird unser Haushalt zusätzlich mit 1,7 Mio. Euro belastet.

Um dies jedoch mit Augenmaß und im Verantwortungsbewusstsein bestehender Strukturen und Einrichtungen zu tun, haben wir vereinbart, das Ziel der Haushaltskonsolidierung, langfristig anzugehen. Wir wollen das Haushaltsdefizit von 10 Mio. Euro in 10 Jahren abgebaut haben. Dazu müssen Einschnitte bei den Ausgaben und Erhöhungen bei den Einnahmen Hand in Hand gehen.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben daher ein Maßnahmenbündel verschiedener Einzelpositionen geschnürt, die hier ansetzen. Zum Teil mit ganz konkreten Kostenreduzierungen, zum Teil mit Prüfaufträgen, die Einsparmöglichkeiten aufdecken sollen. Dabei wollen wir ganz bewusst die Mitarbeiter der Stadt ebenso mit in die Verantwortung nehmen, wie die Bürger dieser Stadt. Nur gemeinsam kann die Kehrtwende in der Haushaltspolitik gelingen.



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

A. Maßnahmen der Ausgabenseite:

I. Bereits gestellte Anträge

1. EWG

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt abweichend von der Empfehlung des Aufsichtsrates die Vertreterin in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, gem. § 7 (10) Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages einen um 134.006 Euro gekürzten Wirtschaftsplan 2015 zu beschließen.

2. Produkt 2210 Offene Behindertenarbeit

Antrag: Sozialausschuss

Vorbemerkung: Bei den Transferaufwendungen sind 102.000 € enthalten für "barrierefreie Mittel" (HH-Entwurf S. 253 / 325). Hier soll eine Kürzung der "barrierefreien Mittel" um rund 10 % auf 90 T€ erfolgen. Die Höhe der Einsparungen ist bewusst so gewählt, dass zum einen der Einsparwille deutlich wird und zum anderen weitere Projekte umgesetzt werden können, um noch vorhandene Barrieren in unserer Stadt abzubauen.

Ziel: Einsparung von 12.000,00 Euro

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

im Haushaltsplan Fachbereich 5, Produkt 52, Ziffer 13, laufende Nr. 10 den Ansatz von 102 TEUR auf 90 TEUR zu reduzieren.

3. Sekundarschule Stadt

Antrag: Bauausschuss / Schulausschuss (Baubegleitender Ausschuss)

Vorbemerkung: Der Entwurf des aus der Mehrfachbeauftragung hervorgegangenen Siegerbeitrages des Büros Borowski / Sasse sieht ein Bildungszentrum im Schotthock unter Einbeziehung der Gebäude der Fürstenberg Realschule und der Bodelschwinghgrundschule vor. Der Kostenrahmen für diesen Entwurf liegt bei rund 12. Mio. Euro.

Der vom Büro Borowski / Sasse vorgestellten Masterplan „Bildungszentrum im Schotthock“ soll weiter verfolgt werden, jedoch ist im ersten Schritt ein sich abgeschlossener Bauabschnitt mit den Anforderungen für die Sekundarschule Rheine-Stadt zu planen und umzusetzen.

Ziel: Einhaltung des Haushaltsansatzes von 8 Mio.



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Entwürfe von Borowski & Sasse und der Verwaltung auf Grundlage des aktuellen Raumprogramms erneut zu prüfen und die Baukosten entsprechend der bestehenden Ansätze im Haushaltsplan auf 8 Millionen Euro zu beschränken.

4. Verschiedene Einzelmaßnahmen im Bereich Schule

Antrag: Schulausschuss

Vorbemerkung: Da im Bereich der Bildung viele Aufgaben gesetzlich vorgeschrieben sind, sind hier die Ansätze für Einsparungen im strukturellen Bereich zu suchen. Hier werden wir nachstehende Prüfaufträge einrichten bzw. Maßnahmen prüfen.

Ziel: Kosteneinsparung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

1. *eine Anpassung der Elternbeiträge im Bereich OGS und Übermittagsbetreuung (Gruppe 1202),*
2. *die Prüfung von Budgetierungen und Finanzentscheidungen/-verantwortung im Schulausschuss (Abstimmung mit dem FB 5),*
3. *die Prüfung der Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Ziffer 28, 7.379 TEUR in der Produktgruppe 11).*

5. Sport

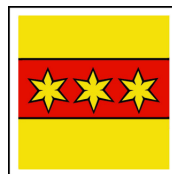
Antrag: Sportausschuss

Vorbemerkung: Im Bereich der Sportstättennutzungsgebühr wird vor allem die Rücknahme der Absenkung der Nutzungsentgelte diskutiert und die eventuelle Verlagerung hieraus entstehender Überschüsse in den Bereich der Investitionszuschüsse um den städtischen Ansatz zu reduzieren.

Ziel: Kosteneinsparung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

1. *die Platzpflegekosten werden von 6.500 EUR auf 5.800 EUR maximale Förderung gesenkt (FB 1, Produkt 15); Einsparung: ca. 23.500 EUR*
2. *die Sportförderrichtlinien und die Verordnung über die Sportstättennutzungsgebühr im ersten Halbjahr 2015 auf Einsparpotential zu überprüfen.*



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

II. Neue Anträge:

1. Wohnungsgesellschaft

Antrag: AR Wohnungsgesellschaft / HFA

Vorbemerkung: Die Wohnungsgesellschaft erfüllt derzeit einen sozialen Auftrag, durch Bereitstellung von Unterkünften für sozial schwache Personen, wie u.a. Wohnungslose, Asylbewerber. Die herausragende Arbeit des derzeitigen Geschäftsführers ist nach dessen Ausscheiden kaum in gleicher Weise und zu gleichen Kosten aufzufangen. Es ist daher zu prüfen, ob die Belegungsrechte ganz durch private Anbieter übernommen werden können.

Ziel: Verkauf

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- 1. ob und wenn ja, wie die Belegungsrechte bei einem Verkauf der Wohnungsgesellschaft sichergestellt werden können?*
- 2. den aktuellen Verkehrswert der Liegenschaften der Wohnungsgesellschaft zu ermitteln und anschließend ein Konzept zum Verkauf der Liegenschaften (Gesamt- oder Teilverkauf) zu erstellen.*

Vorbemerkung zu 2. - 6.:

Die Punkte 2 – 6 sollen im Rahmen des von uns beschlossenen **Kulturentwicklungsplans** mit bearbeitet werden, um eine einheitliche Kulturpolitik mit vielfältigen Möglichkeiten zu erreichen und sollen das Kulturangebot in Rheine insgesamt bereichern.

2. Stadtbibliothek

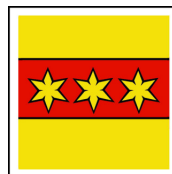
Antrag: Kulturausschuss

Vorbemerkung: Die Stadtbibliothek leistet durch ihre Mitarbeiter einen Beitrag zur Bildung der Bürger der Stadt. Der sehr hohe Zuschussbedarf bei sehr niedrigem Kostendeckungsgrad macht es aber notwendig Lösungen zur Reduzierung dieses Zuschusses in den kommenden Jahren zu finden. Der Erhalt der Stadtbibliothek steht dabei außer Frage.

Ziel: Zeitnahe Reduzierung der Kosten

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Leitung der Stadtbibliothek zu beauftragen, Vorschläge zur Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erarbeiten und die jeweiligen Auswirkungen dieser Kürzungen darzustellen.



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

3. Volkshochschule

Antrag: Kulturausschuss

Vorbemerkung: Die Volkshochschule leistet einen gesetzlichen Bildungsauftrag, der durch die Mitarbeiter in hervorragender Weise umgesetzt wird. Gleichwohl sollen im Rahmen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung auch bei der Volkshochschule Einsparmöglichkeiten überprüft werden.

Ziel: Zuschussreduzierung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

1. *eine Aufstellung über die Kostendeckungsgrade der gesetzlichen und freiwillige Angebote der Volkshochschule,*
2. *die Leitung der Volkshochschule zu beauftragen, Vorschläge zur Reduzierung des Zuschussbedarfs und Darstellung der jeweiligen Auswirkungen zu erarbeiten.*

4. Musikschule

Antrag: Kulturausschuss

Vorbemerkung: Die Musikschule leistet durch ihre Mitarbeiter einen Beitrag zur musischen Bildung der Bürger der Stadt. Der Kostendeckungsgrad liegt fast bei 50%. Gleichwohl gibt es private Anbieter auf dem Markt, die zumindest vordergründig ein gleiches Angebot anbieten.

Ziel: Zuschussreduktion

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

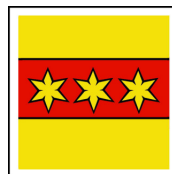
1. *einen Gegenüberstellung des Angebots privater Anbieter mit dem Angebot der Musikschule,*
2. *die Leitung der Musikschule zu beauftragen, Vorschläge zur Reduzierung des Zuschussbedarfs und Darstellung der jeweiligen Auswirkungen zu erarbeiten.*

5. Theater / Konzerte

Antrag: Kulturausschuss

Vorbemerkung: Das Theater- und Konzertangebot leistet einen Beitrag zum kulturellen Angebot der Stadt.

Ziel: Reduktion des Zuschussbedarfs



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

zu überprüfen, ob es Möglichkeiten zur Erhöhung des Kostendeckungsgrades gibt.

6. Kloster Bentlage / Städtische Museen

Antrag: Kulturausschuss

Vorbemerkung: Kloster Bentlage und der Falkenhof sind historische Bauwerke, die für Rheine einen unverzichtbaren ideellen und kulturellen Wert darstellen. Gleichwohl hat keine städtische Einrichtung einen geringeren Kostendeckungsgrad (unter 5%) und der Zuschussbedarf ist mit über 2. Mio. Euro im Jahr sehr hoch und umfasst alleine 1/5 des strukturellen Defizits.

Ziel: Deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

1. *durch die Geschäftsführung der Kloster Bentlage gGmbH zu überprüfen, ob eine Veränderung der Organisationsstruktur (Stichwort einheitliche Kultur gGmbH) Vorteile, insbesondere im Hinblick auf die Kosten bringt,*
2. *die Verwaltung überprüfen zu lassen, ob eine Angliederung der Kloster Bentlage gGmbH bei den Stadtwerken zur Einsparung der Körperschaftssteuer rechtlich zulässig ist,*
3. *die Verwaltung überprüfen zu lassen, ob eine Zuwendung direkt an die Kloster Bentlage gGmbH durch die Stadtwerke oder die Stadtparkasse möglich ist.*

Ferner wird beantragt,

die Geschäftsführung der Kloster Bentlage gGmbH zu beauftragen, Vorschläge zur Reduzierung des Zuschussbedarfs und Darstellung der jeweiligen Auswirkungen zu erarbeiten,

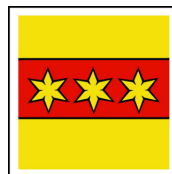
die Leitung der Museen zu beauftragen, Vorschläge zur Reduzierung des Zuschussbedarfs und Darstellung der jeweiligen Auswirkungen zu erarbeiten.

7. Parkhäuser

Antrag: AR Stadtwerke

Vorbemerkung: Die Städtischen Parkhäuser müssen mit einem Millionenbetrag bezuschusst werden. Es gilt zu prüfen, ob hier private Anbieter alle oder einzelne Parkhäuser übernehmen.

Ziel: Kosteneinsparung



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Stadtwerke Rheine zu beauftragen, dem AR/Fraktionen eine Entscheidungsvorlage/Konzept zu erstellen, die folgende Punkte/Fragen beantwortet:

- 1. Wie hoch ist das Einsparpotential pro Jahr, wenn die Parkhäuser in privater Hand verkauft werden?*
- 2. Wie hoch wären eventuelle Verkaufserlöse?*
- 3. Wie werden nach vollständiger Privatisierung wahrscheinlich die Parkgebühren in der Stadt aussehen?*
- 4. Welche Parkhäuser sollten ggf. behalten werden, um auf Parkgebühren durch eigene Preisgestaltung reagieren zu können?*

8. Feuerwehr rechts der Ems

Antrag: Bauausschuss

Vorbemerkung: Die Kosten der Feuerwehr rechts der Ems sind derzeit auf 4 Mio. Euro begrenzt, um einen Neubau mit 14 Stellplätzen zu errichten. Die 14 Stellplätze sind laut dem bestehenden Feuerwehrbedarfsplan nicht notwendig.

Ziel: Kostenersparnis von etwa 1 Mio.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

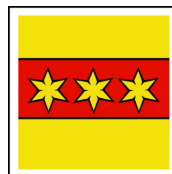
die Bauverwaltung soll das Raumprogramm des Gebäudes "Feuerwehr rechts der Ems" überprüfen und möglichst eine Kostenreduzierung über die Bildung von mehreren Bauabschnitten (1. Rettungswache und Feuerwehr mit 8 Stellplätze, 2. Feuerwehr restliche 6 Stellplätze) erreichen.

9. Produkt 2102: Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege

Antrag: JHA

Vorbemerkung: KiTa-Elternbeiträge werden entsprechend der Elternbeitragssatzung vom 22.05.2013 erhoben. Das Produkt 2102 ist mit über 10 Mio. Euro einer der größten Haushaltsposten. Von daher sollte die Möglichkeit einer Reduzierung des Zuschussbedarfes ausgelotet werden.

Ziel: Kosteneinsparung



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Verwaltung wird gebeten, eine Gebührenanpassung zu prüfen. Hierbei sind die Beiträge für die wöchentlichen Betreuungszeiten 25 Stunden, 35 Stunden sowie 45 Stunden zu überprüfen. Bei einem Vorschlag einer Gebührenanpassung ist sowohl die bildungspolitische Sicht als auch die Bedarfssicht der Eltern zu berücksichtigen. Zudem ist eine Gebührenanpassung auch im Kontext mit OGS (Produkt 1202) zu betrachten; angestrebt wird hier eine Harmonisierung.

10. Produkt 2104 Kinder- und Jugendarbeit

Antrag: JHA

Vorbemerkung: Im Bereich Kinder- und Jugendarbeit belaufen sich die Transferaufwendungen auf insgesamt 1.086.000 €. Diese hohen Aufwendungen sind der derzeitigen hauptamtlichen Struktur geschuldet.

Ziel: Kosteneinsparung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Verwaltung soll vor dem Hintergrund prüfen, das derzeit das Freizeitverhalten von Jugendlichen Veränderungsprozessen unterworfen ist, unter anderem bedingt durch die Zunahme von Ganztagschulformen, ob die dezentralen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in diesem Umfang noch notwendig sind und ob das Personal in dem Umfang noch vorgehalten werden muss. Hierbei ist der Kommunale Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Rheine 2014 – 2020 zu beachten.

11. Produkt 2105 Öffentliche Spielplätze

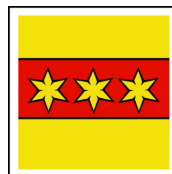
Antrag: JHA

Vorbemerkung: Derzeit gibt es laut B-Plan 131 Spielplätze, davon sind 128 ausgebaut. Im Jahre 2015 werden als Kostenerstattung an die TBR für die Unterhaltung der Spielplätze sowie Planungs- und Ingenieurleistungen 372.000 € veranschlagt.

Ziel: Kosteneinsparung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Verwaltung soll vor dem Hintergrund prüfen, das sich das Freizeitverhalten von Kindern in den letzten Jahren geändert hat (Gründe sind u.a. längere Öffnungszeiten von Kitas und Ganztagschulformen), ob eine Reduzierung von Spielplätzen vertretbar ist.



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

12. Produkt 2208 offene Altenarbeit

Antrag: Sozialausschuss

Vorbemerkung: Als Transferaufwendungen werden 153.892 € veranschlagt, wobei 66.000 € für die Bezuschussung von Altenbegegnungsstätten und Altenclubs vorgesehen sind. Bei diesem Zuschuss handelt es sich um eine freiwillige Leistung.

Ziel: Kosteneinsparung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Verwaltung möge erläutern, was genau der Zuschuss beinhaltet und welche Auswirkungen die Reduzierung oder der Wegfall dieser Transferaufwendung bedeutet.

13. Produktgruppe 55 - Öffentliche Grünflächen

Antrag: HFA / VR TBR

Vorbemerkung: Seit Jahren steht im Bereich der Grünpflege eine Reduzierung um 10%, wie sie schon die Strategie- und finanzkommission vor Jahren empfohlen hat, an. In der Kooperationsvereinbarung ist vereinbart worden, dass sich die TBR aus der Unterhaltung der Grünflächen in den Wohngebieten zurückzieht.

Ziel: Einsparung

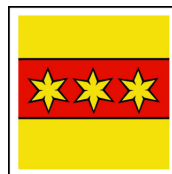
Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

1. *aus dem Fachbereich 5, Produktgruppe 55, Ziffer 13 werden die Mittel für Unterhaltung öffentlicher Grünflächen durch die TBR im Haushaltsentwurf 2015 um 329 TEUR reduziert und auf dann 2961 TEUR festgesetzt,*
2. *die TBR wird beauftragt, ein Konzept zur freiwilligen Übernahme der Grünflächenpflege in den Wohngebieten auf die Anlieger zu erarbeiten,*
3. *die TBR wird beauftragt, die Reduzierung der Pflegekosten für die Parks zu überprüfen.*

14. Leistungszulagen für Beamte

Antrag: HFA

Vorbemerkung: In der Stadt Rheine gibt es für die Angestellten eine tariflich vereinbarte Leistungszulage. Hierfür werden Zielvorgaben erstellt, nach denen sich die Auszahlung der Leistungszulage orientiert. In der Stadt Rheine werden von allen Mitarbeitern die vereinbarten Zielvorgaben erreicht. Die Stadtverwaltung möchte ein solches System auf die Beamten übertragen, (LOB).



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

Ziel: Kostenreduzierung

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Einführung der Leistungsorientierten Bezahlung für Beamtinnen und Beamte (LOB) in 2015 nicht umzusetzen.

B. Maßnahmen der Einnahmeseite:

I. Bereits gestellte Anträge

1. Grundsteuer

Antrag: HFA

Vorbemerkung: Das strukturelle Defizit von 10 Mio. Euro ist kurzfristig nicht alleine durch Einsparungen zu erreichen, will man nicht bestehende Strukturen der Stadt auflösen, möglicherweise beschädigen. Aber selbst wenn man diese Größenordnung durch Einsparungen erreichen will, geht dies nur über einen langen Zeitraum. In der Kooperationsvereinbarung ist das Ziel festgesetzt, innerhalb von 10 Jahren jedes Jahr 1 Mio. einzusparen. In den ersten Jahren wird daher weiterhin selbst bei den größten Sparanstrengungen das Eigenkapital der Stadt zu lasten der jüngeren Generation aufgezehrt. Um diese Aufzehrung zumindest zu reduzieren, führt an einer Erhöhung der Steuern kein Weg vorbei.

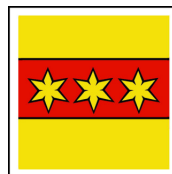
Auch die Erhöhung der Kreisumlage von 1,7 Mio. Euro macht diese Anhebung notwendig. Sparanstrengungen in Rheine dürfen nicht durch Ausgabenerhöhungen an anderer Stelle konkurrenziert werden.

Ziel: Reduzierung des Eigenkapitalverzehr in Höhe von 3,3 Mio. Euro

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

die Hebesätze der Grundsteuer A von 250 v. H. auf 310 v. H. und der Grundsteuer B von 480 v. H. auf 600 v. H. anzuheben.

Anmerkung: Sollte der Kreis Steinfurt von einer Erhöhung der Kreisumlage absehen, gibt es aus unserer Sicht erneut Gesprächsbedarf bei der Erhöhung der Grundsteuern.



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

II. Neue Anträge:

1. Entgelte / Prüfaufträge

Antrag: HFA

Vorbemerkung: Neben der Ausgabenseite soll auch die Einnahmenseite gestärkt werden. Es gilt daher alle Gebühren / Nutzungsentgelte / Beiträge / etc. auf Kostendeckung und Anpassungsmöglichkeiten zu überprüfen.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen beantragen,

1. *im FB 1, Produkt 1305 die Nutzungsgenehmigung und Nutzungsentgelt für den Morrien-Saal im Falkenhof, zuletzt geändert im Jahr 2005, mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen,*
2. *im FB 1, Produkt 1306 die Satzung der Stadt Rheine über die Benutzung des Stadtarchivs in Verbindung mit der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine, zuletzt geändert im Jahr 1995 (Archiv), 2007 (Verwaltungsgebühren), mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen,*
3. *im FB 3, Produkt 34, Bürgerbüro - Personalausweise, Pässe, Auskünfte aus dem Melderegister etc. - Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW, Bundesrecht und Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind, sofern eine Erhöhung nicht bereits in 2014 erfolgt ist,*
4. *im FB 3, Produkt 34, Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für Sonderleistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Rheine wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
5. *im FB 3, Produkt 32, Trödelmärkte - Satzung über die Erhebung von Platzgebühren auf der Kirmes und bei sonstigen Veranstaltungen in der Stadt Rheine wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
6. *im FB 3, Produkt 32, Gewerbeauskünfte etc. - Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*

Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

7. *im FB 3, Produkt 32, Verwaltungsgebühren - Bestattungswesen - Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
8. *im FB 3, Produkt 32, Nutzungsentschädigungen Obdachlosenunterkünfte wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
9. *im FB 3, Produkt 32, Gaststätten - Gestattungen - Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
10. *im FB 5, Produkt 56, Bauordnung - Verwaltungsgebührensatzung Stadt Rheine; Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
11. *die Stadtverwaltung wird gebeten, die Verwaltungsgebührensatzung der Stadt dahingehend zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
12. *im FB 5, Produkt 52 Benutzungsgebühren für Unterbringung von Aussiedlern, Spätaussiedlern, Zuwanderern und Flüchtlingen - Satzung für die Übergangsheime wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
13. *im FB 5, Produkt 5301, Satzung Beiträge nach § 8 KAG (Straßenbaubeiträge) wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Beiträge mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
14. *im FB 5, Produkt 5301, Sondernutzung öffentlicher Verkehrsflächen - Sondernutzungssatzung wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Beiträge mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*



Fraktionen im Rat der Stadt Rheine

15. *im FB 5, Produkt 56, Sondernutzungssatzung wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Gebühren mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
16. *im FB 5, Produkt 5302, Festlegung Gebietszonen (Stellplatzablösung) wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Entgelte mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind,*
17. *im FB 7, Geoinformationsdienste - Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine wird die Stadtverwaltung gebeten, zu überprüfen, in welchem Rahmen eine Erhöhung möglich und zweckmäßig ist, verschiedene Modellrechnungen zu erstellen und einen Vorschlag zu machen, wobei die Entgelte mindestens um den Inflationsanstieg zu erhöhen sind.*

Mit freundlichen Grüßen

Andree Hachmann
Fraktionsvorsitzender

Michael Reiske
Fraktionsvorsitzender